



# Creditreform

Registriertes Inkassounternehmen

**Creditreform Würzburg Polyak KG**  
Martin-Luther-Str. 2, 97072 Würzburg  
Telefon +49 931 30503-55  
Telefax +49 931 30503-855  
vertrieb@wuerzburg.creditreform.de  
www.creditreform-wuerzburg.de

## Presseinformation

### **Unternehmensinsolvenzen in Europa, Jahr 2014/15**

#### **Deutliche Entspannung in Westeuropa – Osteuropa im Schatten der Ukraine-Krise**

Erstmals seit dem Ausbruch der Finanzkrise ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa deutlich gesunken. In den EU-15-Ländern zuzüglich Norwegen und der Schweiz wurden im Jahr 2014 insgesamt 179.662 Unternehmensinsolvenzen registriert. Im Vergleich zum Vorjahr (189.855 Insolvenzen) verringerte sich die Zahl der Fälle um 10.193 Fälle bzw. um 5,4 Prozent. Auch in der Eurozone verringerten sich die Insolvenzzahlen (147.649 Fälle; minus 4,6 Prozent). Trotz dieser Positiventwicklung liegt die Zahl der jährlichen Insolvenzen in weiten Teilen Europas noch deutlich höher als vor Beginn der Wirtschaftskrise.

2014 entspannte sich das Insolvenzgeschehen auf breiter Front. Lediglich in zwei Ländern – Italien (plus 12,8 Prozent auf 16.101 Fälle) und Norwegen (plus 5,2 Prozent auf 4.803 Fälle) – war noch ein Anstieg zu verzeichnen. In sieben Ländern verringerte sich die Zahl

der Unternehmensinsolvenzen im Vergleich zum Vorjahr sogar um zweistellige Prozentwerte. So waren in Spanien (6.392 Fälle; minus 28,5 Prozent), in den Niederlanden (6.645 Fälle; minus 20,7 Prozent) sowie in Dänemark (4.049 Fälle; minus 18,9 Prozent) deutlich weniger Insolvenzen zu beklagen als noch 2013. Lediglich in Frankreich (60.548 Fälle; minus 0,7 Prozent) und in Österreich (5.600 Fälle; minus 0,5 Prozent) blieb die positive Entwicklung schwach. In Deutschland (24.030 Fälle; minus 8,0 Prozent) sowie in Großbritannien (15.240 Fälle; minus 4,9 Prozent) setzte sich der Rückgang der Insolvenzzahlen fort. Großbritannien verzeichnete den niedrigsten Wert seit 2007, Deutschland sogar seit 15 Jahren.

Deutlich spürbar sind die Nachwirkungen der jahrelangen Wirtschafts- und Finanzkrise in den GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal und Spanien). Der Anteil dieser Ländergruppe an allen Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa hat sich zwischen 2008 und 2014 von 9,0 auf 17,4 Prozent nahezu verdoppelt. Dagegen hat sich der Anteil Deutschlands am europäischen Insolvenzgeschehen auf 13,4 Prozent verringert. 2008 waren es noch 19,8 Prozent.

### **Weniger Insolvenzen im Baugewerbe**

In allen vier Hauptwirtschaftsbereichen in Europa waren weniger Insolvenzen zu verzeichnen. Stark ausgeprägt war die Positiventwicklung im Verarbeitenden Gewerbe, wo die Insolvenzzahl binnen eines Jahres um 8,5 Prozent sank. Weiter beruhigt hat sich das Insolvenzgeschehen im Baugewerbe (minus 5,9 Prozent) – europaweit wurden noch etwa 37.000 Insolvenzen von Baufir-

men registriert – sowie im Handel (minus 3,6 Prozent). Ein Großteil der Insolvenzfälle entfiel erneut auf den Dienstleistungssektor (ca. 66.300 Fälle bzw. 37,0 Prozent aller Insolvenzen). Handel und Gastgewerbe machen knapp ein Drittel aller Unternehmensinsolvenzen aus (31,7 Prozent), das Baugewerbe ein Fünftel (20,6 Prozent). Gegen den Trend verzeichnete Frankreich mehr Bauinsolvenzen. Steigende Insolvenzen im Handel und Gastgewerbe gab es in Österreich und der Schweiz.

### **Mehr Pleiten in Osteuropa, Verdopplung in der Ukraine**

In den osteuropäischen Ländern, zu denen Daten vorliegen, erhöhte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen auf einen neuen Höchststand von 99.671 Fällen (plus 3,6 Prozent; 2013: 96.188). Dienstleistungen und Handel sind aktuell die Treiber des Insolvenzgeschehens. Damit hat sich das Insolvenzgeschehen in Osteuropa entgegen der Entwicklung in Westeuropa weiter verschärft. Ursache ist u. a. der weiter ungelöste Konflikt zwischen der Ukraine und Russland, der beispielsweise ein Wirtschafts- und Handelsembargo nach sich zog. Slowenien (plus 38,4 Prozent) und Ungarn (plus 30,7 Prozent) waren die Negativspitzenreiter unter den Ländern, die steigende Insolvenzzahlen verzeichneten. Ausgeprägt waren die Rückgänge im Insolvenzgeschehen 2013/14 in Tschechien mit minus 40,8 Prozent und in Rumänien mit minus 25,9 Prozent. Estland (minus 8,7 Prozent) verzeichnete weniger Insolvenzen, während in Lettland (plus 16,1 Prozent) und Litauen (plus 2,0 Prozent) mehr Insolvenzen registriert wurden.

Die Ukraine steckt in der einer tiefen Rezession. Entsprechend verdoppelte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen binnen eines Jahres auf 17.597 Fälle (plus 99,7 Prozent). In Russland erhöhte sich die Zahl der Insolvenzverfahren 2014 ebenfalls – 14.514 Fälle wurden registriert (plus 10,4 Prozent). Damit hat die anhaltende Krise die Bestandsfestigkeit der Unternehmen in beiden Ländern belastet.

In den Vereinigten Staaten hat die Gesamtzahl der Insolvenzen erstmals seit 2007 wieder die Marke von einer Million unterschritten. Hier hat sich die wirtschaftliche Lage weiter gefestigt. Entsprechend verringerte sich sowohl die Zahl der Unternehmensinsolvenzen von 44.083 (2013) auf 34.455 Fälle (2014) als auch die Zahl der Privatinsolvenzen von 988.489 (2013) auf 875.635 Fälle (2014).

### **Konjunkturelle Erholung stabilisiert die Bilanzen**

Die finanzielle Stabilität der westeuropäischen Unternehmen hat sich zuletzt leicht verbessert. Weniger Unternehmen als im Vorjahr wiesen eine negative Gewinnmarge (EBIT) auf (26,9 Prozent; Vorjahr: 27,9 Prozent). Im Handel bleibt der Anteil der Unternehmen mit Fehlbeträgen überdurchschnittlich hoch. Die durchschnittliche Eigenkapitalquote in Westeuropa schwankt zwischen 27,4 Prozent in den GIIPS-Ländern und 47,7 Prozent in Großbritannien. Insgesamt gilt noch knapp ein Viertel der westeuropäischen Unternehmen (24,6 Prozent; Vorjahr: 25,0 Prozent) als eigenkapital schwach, da die Eigenkapitalquote weniger als zehn Prozent beträgt. In den GIIPS-Ländern liegen die Zahlungsfristen bei einem leicht positiven Trend bei 84,4

Tagen. In Großbritannien (Forderungslaufzeit: 39,7 Tage), Benelux (52,3 Tage) sowie in Österreich/Schweiz (33,3 Tage) müssen sich Lieferanten länger gedulden als im Vorjahr. In Deutschland (27,4 Tage) sind die Forderungslaufzeiten tendenziell gesunken.

5.905 Zeichen

Wien/Neuss, 19. Mai 2015